

Auflehnung gegen einen furchtbaren Druck ohne positive Zielrichtung. Wäre die Erziehung des deutschen Volkes von maßgebender Seite aus in den letzten Jahrzehnten vorher nicht so grausam vernachlässigt, wäre dem Volke Vertrauen geschenkt worden, dann wäre selbst bei unserer schauerhaften Kriegslage der Kriegsausgang ein anderer, jedenfalls würdiger gewesen.

Nochmals: aus diesem Gesichtswinkel heraus forderten wir Vertrauen, das sich ausdrücken sollte in grundlegenden, umfassenden Maßnahmen von Seiten der Regierung. Wir forderten es, zumal von unserem Volke in der letzten Kriegszeit mehr und mehr Unmögliches verlangt wurde. Diese letzte Tatsache hätte eigentlich schon aus Klugheitsrücksichten eine stärkere Annäherung der regierenden Kreise an das Volk zeitigen müssen; jedoch bis zum Ende hat preußische Schnaubartigkeit nicht den Sieg über sich selbst erringen können. Darum mußte der Krieg erfolgen. Wir sind überzeugt — und die Aussagen feinsten Köpfe aus der Sozialdemokratie beweisen das Vorhandensein einer gleichen Ueberzeugung auch dort —, daß eine allmähliche Umwandlung des alten Regimes, wenn sie nur von innen heraus und aus christlichem Vertrauen erfolgte, manches von den alten Formen hätte erhalten können. Wir haben ehrlich und begeistert zu dem Guten der früheren Zeit gestanden und lehnen es ab, deswegen, weil es Mode geworden, niedrigen Masseninstinkten nachzugeben, alles Alte in Grund und Boden zu beschimpfen. Es wäre jedenfalls besser, wenn auch heute noch ein Teil des Respektes vor der Autorität vorhanden wäre, der früher obwaltete. Heute aber ist alles feffellos und zügellos, und nur das eigene Ich in seiner ganzen Glendigkeit spielt noch eine Rolle. Wie kann man verlangen, daß unter solchen Verhältnissen der Kapitalismus überwunden wird, was doch angeblich die Revolution gewollt und gesollt hat? Das nennt man dem Teufel durch Verleugung austreiben! Wie kann man eine wirkliche, vom Geiste des Menschen ausgehende Sozialisierung erwarten? Was soll uns der Haufen neuer Rechte, wenn dem Menschen die Fähigkeit abhanden gekommen, sie menschenwürdig auszuüben?

Die Hoffnungen, die vom Standpunkte des innerpositiven Lebens auf den Weltkrieg gesetzt waren, gingen von der Annahme aus, daß der Weltkrieg ein Volkskrieg sei. Je länger der Krieg sich jedoch hinzog, umso mehr zeigte sich, daß von einem Volkskrieg nur in rein äußerlichem Sinne geredet werden konnte. Riffenmäßig war zwar das ganze Volk mehr oder weniger beteiligt; allein die einheitliche innere Anteilnahme als Einheit eines Gesamtvolkes verschwand immer mehr. Die alten Gegensätze erhoben sich in neuer Schärfe. Im Gegenteil: die vereinfachende Weltanschauung des Schützengrabens und die Lebensmittelnot im Inlande zeigten sie in noch rücksichtsloserer Klarheit. Unter diesem Umstande war es ein unschätzbares Verdienst, daß die großen Gewerkschaftsrichtungen durch ihr Zusammengehen in bezug auf die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes aus sich heraus so etwas wie eine Volkswegung schufen. Ihre Ordnung hatte diese Bewegung bei der Schaffung und Ausführung des Hilfsdienstgesetzes gefunden. Schon das Unternehmertum gegen Ende des Krieges immer offener seine Rüstungspläne der Arbeiterschaft gegenüber betrieb, ließ die Geschlossenheit der organisierten Arbeiterschaft für das Kriegsende und die Übergangszeit dennoch das Beste erhoffen. Diese Hoffnungen jedoch wurden durch den Kriegsausgang durchkreuzt, mehr aber noch durch die nervöse Hast, mit der sich die freien Gewerkschaften glaubten an die Seite der Revolution stellen zu müssen. Nun wurde es auf einmal wieder üblich, die radikalen Schlagworte in der Agitation zu verwenden. Die Mitglieder des linken Flügels ließen die Tat folgen und drückten mit Annäherung und diktatorischer Geste auf die Angehörigen anderer Gewerkschaftsrichtungen. Im Zusammengehen mit einer Reihe von anderen Arbeiterverbänden wurde der Deutsch-

demokratische Gewerkschaftsbund errichtet, der die nichtsozialistischen Arbeiter in einer einheitlichen Front hiergegen vereinigte. In einzelnen Landesleihen mußten die christlichen Gewerkschaftsmitglieder einen Terror ausstehen wie nie zuvor. Auch die Anleihen beim größten Radikalismus haben jedoch die freien Gewerkschaften nicht retten können, weil dem Gewerkschaftswesen an sich jeder Radikalismus wesensfremd ist. Die alleinige Folge ist gewesen, daß man sportatistische und kommunistische Begehrlichkeiten und der Flegelhaftigkeit der unabhängigen Lür und Lor geöffnet hat. Heute steht das freigewerkschaftliche Haus in vollem Brand. Nun sucht man zu retten, was noch zu retten ist. Augenscheinlich stehen große Teile der freien Gewerkschaftler heute, aus einem Gefühl der Reaktion gegen den anfänglichen Ueberschwung heraus, jeder Korrektur der früheren kapitalistischen Zustände mit größtem Mißtrauen gegenüber. Wenigstens scheint uns, daß die christlichen Gewerkschaften beispielsweise dem Rätegedanken wesentlich objektiver gegenüberstehen als sie.

Die Arbeiterschaft hat sich zunächst unter den Beifrieden der Revolution gebüdt. Ihre Haltung war vielfach überaus unwürdig. An die Stelle früheren Herrenmenschen-tums trat abstoßende Rückgratlosigkeit. Manches mag allerdings verschuldet worden sein durch das neue, parvenühafte emporkommene Eintagsunternehmertum der Kriegs- und Revolutionszeit.

Jedenfalls konnte unter den beschriebenen Einwirkungen jene Einrichtung nicht zu nötiger Auswirkung gelangen, die an sich so verheißungsvoll einsetzte: die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter. Hier war eine Grundlage gegeben, die unserem Volke in seiner kritischsten Zeit mehr hätte nützen können als die glanzlichsten politischen Errungenschaften, als Parlamentarismus, republikanische Staatsform und wer weiß was sonst noch. Es wäre wenigstens möglich gewesen, eine Übergangswirtschaft einzuleiten, die uns vom schlimmsten Abgrund fernhielt.

Die dringendste Notwendigkeit der Stunde ist, daß sich die vernünftige Arbeiterschaft in den großen Gewerkschaftsrichtungen unter Abstoßung der extremen Elemente wiederfindet zu einem Zusammengehen mit dem Unternehmertum, das auch dieses Leben läßt. Erst von diesem Zeitpunkt an werden Rätewesen und Sozialisierung eine gedeihliche Basis finden können. Dann wird es auch möglich sein, der unsinnigen Streikerei aus politischen Gründen oder auch aus bloßer Machtwillkür ein Ende zu machen. Es wird möglich sein, auch die Lohnpolitik wieder in vernünftige Bahnen zu leiten und dem Akkordlohn sowie der Gewinnbeteiligung zu richtiger Würdigung zu verhelfen. Ferner wird es gelingen, der unglaublichen Häufung des Schmarokertums entgegenzutreten, die die Revolution nicht sich gebracht hat und die es verschuldet, daß Hunderttausende von arbeitswilligen Arbeitern in ihrer Tätigkeit gehemmt werden und daß unsere Produktion einen so grauenhaften Rückgang erfährt. Es muß dann ferner möglich sein, auch die Regelung der Arbeitszeit so zu gestalten, daß sie unserer Konkurrenzfähigkeit nicht die letzte Spitze abblüht. Es ist einfach lächerlich, alles in die Schablone des Achtstundentages hineinpresse zu wollen. Man braucht sich nur etwas umzusehen, um zu erfahren, wie wenig die freie Zeit heute zu wirklich erhebender und bildender Muße ausgenutzt wird. Daneben drängt eine Anzahl von Fragen nach Regelung, die für die Arbeiterschaft, ebenso wie für das ganze Volk, Lebensfragen sind. Es muß in der Frauennarbeit eine Lösung gefunden werden. Es muß das Verhältnis der Arbeit der Jugendlichen zu jener der Erwachsenen, wie überhaupt die ganze Stellung der Jugendlichen im Arbeitsprozeß einer Revision unterzogen werden. Hier schleppen wir fürchterliche Sünden des Krieges nach. Dazu kommt die Frage der Arbeitslosigkeit und ihrer Ueberwindung. Auch dort muß rücksichtsloser Kampf dem Schmarokertum in die Bahnen

gelassen. Und in welcher Weise? Am Freitag, den 29. d. M., wird in den Saal eingetretten. Der Heizer macht die Versorgung des Saales mit Warmwasser unmöglich. Dadurch wird die Versorgung der Kranken in Frage gestellt, Operationen können nicht vorgenommen werden. Nur mit großer Mühe ist es möglich, für die Schwerkranken das Essen sonstige zu bereiten. Also in frivoler Weise wird ein Streik vom Saale gebrochen. Um den abgeschlossenen Tarifvertrag kümmert man sich nicht. Verhandlungen mit der Hausverwaltung sind nicht nötig. Es muß gestreikt werden, wenn auch die Kranken und Leidenden der Anstalt dabei zu Grunde gehen.

Dann in höchster Aufregung und Gefahr finden die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks statt. Und dabei verlangte der Vertreter der sozialdemokratischen Organisation nicht nur Neuwahl des Arbeiterausschusses, sondern es dürfen auch keine Maßregelungen wegen der Teilnahme an dem Streik stattfinden und die Streitzzeit muß gelöscht werden. Schließlich wird der Krankenhaushausverwaltung, mühte sie im Interesse der Kranken die notwendige Ordnung im Betriebe wieder herzustellen, anders nicht übrig, als auch noch diese Forderungen zu bewilligen. Allerdings finden die Wahlen des Ausschusses erst nach Verhandlungen statt und davon ist es abhängig, ob Neuwahlen vorgenommen werden. Wer bietet nun Gewähr dafür, daß nicht über kurz oder lang abermals verschiedene Herren im Hause ihre Macht zu dem Tag legen wollen und den ganzen Betrieb in größte Gefahr bringen? Wahrlich, herrlich recht haben wir es gebracht in der neuen Zeit.

Arbeiterinnen-Kundschau.

Bericht über die Verhandlungen in der Damenschneiderei in Kassel. Die unholbaren Zustände, die in den meisten Orten in der Damenschneiderei herrschten, gaben Anlaß, auf diesem Gebiet mal endlich einzugreifen. Gelegenheit gab die Kündigung des Tarifes in der Herrenschneiderei. Von fast allen Orten waren Forderungen für die Damenschneiderei an den Abw II eingereicht.

Der Hauptvorstand des Abw II hatte sich deshalb auch bräutlich gefühlt, in seiner Generalversammlung ein Schema aufzustellen, wonach der Damenschneiderarif aufgebaut werden sollte. Dieses Tariffschema war für die örtlichen Verhandlungen freigegeben. Da dieses Schema jedoch keine wesentliche Verbesserung bedeutete, kam eine örtliche Einigung nicht zustande.

Während in der Herrenschneiderei eine Einigung, wenn auch meistens durch Schiedspruch, herbeigeführt wurde, rüsten wir von den Herren Arbeitgebern in der Damenschneiderei immer weiter ab.

Am Freitag, den 19. September, wurde deshalb in Kassel eine Plenarsitzung abgehalten, wo die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft sich näher kennen sollten. Herr Stadtrat Dr. Hiller leitete die Sitzung. Kollege Stühmer (freier Verband) gab nochmals die Forderung der Arbeitnehmer bekannt. Eine unserer Hauptforderungen war, für die Jackett- und Mäntelarbeiterinnen den gleichen Lohn, den die Damenschneider erhalten, zu bekommen. In dieser Forderung liegt eine sehr große Berechtigung, denn es heißt hier: Für gleiche Arbeit gleicher Lohn. Herr Kappelmeier (Arbeitgeber) stellte diese Forderung als unberechtigt hin; er behauptete, eine Arbeiterin leistete nicht annähernd qualitativ und quantitativ das, wie ein männlicher Arbeitnehmer. Ein anderer Arbeitgeber stellte die Frauenarbeit als nicht vollwertig hin, er ging sogar so weit in seinen Ausführungen, daß er der Arbeiterin vorwarf, sie habe ein viel zu schweres Begriffsvermögen, um auch nur annähernd die Arbeit auszuführen, wie ein Damenschneider.

Ja, nun fragt man sich, wie ist es möglich, daß die Arbeitgeber die Frauenarbeit so herabziehen können? Doch die Frage ist bald beantwortet. Die jungen Mädchen meinen immer, sie brauchen sich nicht zu organisieren, denn wenn alle Arbeiterinnen den Weg zur Organisation gefunden hätten, dann würden die Arbeitgeber es nicht wagen, die Frauenarbeit so minderwertig zu betrachten. Wenn wir nun dieses Mal die Forderung noch nicht durchbekommen haben, so wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, sondern dafür sorgen, daß sich unsere Reihen immer

mehr stärken, daß wir uns nicht wieder an die Wand stoßen lassen brauchen.

Doch zurück nach Kassel in die Plenarsitzung. Die Kollegen, die ohne Ausnahme wacker für unsere Forderung eintraten, widerlegten die Ausführungen der Arbeitgeber. Es wurde erklärt, daß im Kreis der Kundenschaft zu den Kaufmädchen gesagt wird: „Holen Sie doch mal die Jacke vom Schneider so und so herunter.“ In Wirklichkeit existiert in dem Geschäft gar kein Schneider, sondern die Schneiderarbeit wird von den Arbeiterinnen gemacht. Dann wurde bewiesen, daß in großen Städten, wo früher 100 Damenschneider tätig waren, heute keine 40 mehr sind. Bei den feinsten Firmen sind Jackett- und Mäntelarbeiterinnen beschäftigt. Auch ich wies den Vorwurf der Arbeitgeber, die Frauenarbeit als minderwertig hinzustellen, zurück, denn die Kriegszeit hat doch wirklich etwas anderes gezeigt. Ich wünschte, daß die Arbeitgeber der Frauenarbeit etwas mehr soziales Verständnis entgegenbringen möchten.

Doch all die Ausführungen und Widerlegungen führten zu keinem Resultat. Wir hatten bereits 3 Stunden geredet und waren noch immer auf demselben Standpunkt. Es wurde dann von Herrn Stadtrat Dr. Hiller der Vorschlag gemacht, da in einer so großen Versammlung doch keine Einigung erzielt wird, eine Kommission von 5 Arbeitgebern und 5 Arbeitnehmern zu wählen, die ein Tariffschema auszuarbeiten sollten. Die Kommission setzte sich zusammen aus 3 Kollegen vom freien Verband, ein Kollege vom Hirsch-Dunder und unsere Kollegen bestimmten mich für die Kommission.

Am Freitag nachmittag begann unsere Arbeit unter Leitung des Herrn Unparteiischen, Stadtrat Dr. Hiller. Zunächst kam die Frage der gleichen Entlohnung. Herr Stadtrat Hiller meinte, die Kundenschaft sei letzten Endes maßgebend und die Beweise von morgens ergaben, daß die Kundenschaft die Frauenarbeit niedriger einschätzt. Von Arbeitnehmerseite wurde jedoch erklärt, daß die Kundenschaft getäuscht sein will, dieses aber kein Grund sei, die Arbeiterinnen geringer zu entlohnen. Da wir uns mit den Arbeitgebern nicht einigen konnten, haben wir, die Herren Unparteiischen möchten darüber einen Schiedspruch fällen. Das äußerste Angebot der Arbeitgeber war 60 Prozent des Lohnes des selbstständigen Damenschneiders, und sie erklärten, nicht darüber hinaus gehen zu können.

Dann kam der zweite Punkt: Aufstellung des Tariffschemas. Auch hier waren unsere Forderungen mit denen der Arbeitgeber sehr weit auseinander. Die Arbeitgeber wollten den Tarif auf folgender Grundlage aufgebaut wissen: Anfängerin, Hilfsarbeiterin, Vorarbeiterin und nach so und so viel Jahren endlich selbständig. Wir sagen, wenn ein junges Mädchen eine zweijährige, dreijährige Lehrzeit durchgemacht hat, dann noch 2 bezw. 3 Jahre als Quarbeiterin tätig ist, also nach 5jähriger Berufszugehörigkeit, ist sie eine selbständige Arbeiterin. Der Arbeitgeber soll ihr nur die Möglichkeit geben, selbständig zu arbeiten. Von Arbeitgeberseite wurde behauptet, nach 5jähriger Berufszugehörigkeit ist in den seltensten Fällen eine Arbeiterin fähig, ein Stück selbständig herzustellen zu können. Nach vielem Hin- und Herreden kamen wir zu dem Entschluß, einen Passus „Vorgeschrittene Quarbeiterin“ aufzunehmen mit der Erklärung: Vorgeschrittene Quarbeiterin ist eine Arbeiterin, welche nach 5jähriger Berufstätigkeit, einschließlich Vohzeit, noch nicht selbständig ein Stück herstellen kann. Als solche darf sie höchstens 3 Jahre lang entlohnt werden. Es sei denn, daß sie gemäß Bestimmung des Betriebsrates Legn. Obmanns unter 75 Prozent der Arbeitsleistung einer selbständigen Arbeiterin bleibt. Dieses ist nun so zu verstehen, daß in der Hauptsache die Arbeiterin nach 5jähriger Berufszugehörigkeit selbständig sein soll. Nur wenn es nachgewiesen wird, daß sie es nicht ist, wird sie als vorgeschrittene Quarbeiterin weiter beschäftigt.

Inzwischen kam der Schiedspruch der Herren Unparteiischen betr. Jackett- und Mäntelarbeiterin heraus. Er lautete: 70 Pro-

